Autofirmen die viele Dieselwagen verkaufen zu Verlusten führen. für Hersteller von Elektroautos jedoch eine Chance sein. In solchen Fällen möchten Konzerne die Entscheidung darüber nur sehr ungerne anderen überlassen. Bloß wie können sie selbst Einfluss nehmen? Man kann einer/m PolitikerIn ja nicht einfach Geld in die Hand drücken, oder? Es gibt sicher Absprachen, die durch einfache Bestechung geregelt werden. Die beliebtere Art ist allerdings, Abgeordneten das Geld anders zugänglich zu machen.

Lukrative Nebenverdienste

Hierbei kann es sich beispielsweise eine gut bezahlte Nebentätigkeiten handeln. Wenn die 120.000 im Jahr, ein Chauffeurdienst und eigene Büroräume nicht mehr aussreichen, dann ist es ein einfaches für Unternehmen einen rentablen Nebenjob anzubieten. Diese Möglichkeit nimmt grade mehr als jedes vierte Mitglied des deutschen Parlaments in Anspruch. Und die Anzahl steigt weiter an. Im Vergleich zu 2017 ist der prozentuale Anteil der ParlamentarierInnen mit Nebenjob um 6% gestiegen. Die Ex-Gesundheitsministerin Ulla Schmidt (SPD) erhielt auf diese Art seit 2017 mehr als 120.000 Euro vom Schweizer Pharmakonzern Sigfried Holding AG. Ein Pharmakonzern, der eine Gesundheitsministerin bezahlt, ist ein offensichtlicher Interessenkonflikt. Die Beeinflussung von Abgeordneten gibt es aber auch auf Landesebene. Die Organisation „Abgeordnetenwatch“ zieht nach Ende der Legislaturperiode in Sachsen Bilanz. Am meisten verdiente Georg-Ludwig von Breitenbuch (CDU). Er hatte in dieser Legislaturperiode mit 3,1 Millionen die höchsten meldepflichtigen Einnahmen innerhalb des Landtags Sachsen. Nicht alle Zahlen müssen offengelegt werden, Selbstständige müssen zum Beispiel kaum Angaben machen. Der AfD-Abgeordnete und Rechtsanwalt Enrico Komning kassierte seit dem Vorjahr mindestens 600.000 Euro von einem Mandanten mit der Betitelung „30468“. Wer das ist, bleibt geheim. Nebentätigkeiten sind allerdings nicht die einzigen Möglichkei, um Teil des Lobbyismus zu werden.Der Lobbyismus findet seine Wege und das Geld sein Ziel.

Wenn wir wollen, dass in unserem Namen gehandelt wird und nicht im Namen großer Konzerne. Dann müssen wir selbst handeln und können das nicht länger anderen überlassen. Wir müssen uns unsere Problem bewusst machen und auch der Tatsache, dass wir mit diesen nicht alleine sind. Das bedeutet, dass wir aktiv werden müssen, uns konkrete Verbesserungen erstreiten müssen. Wir sollten uns nicht länger Stellvertretern im Staat verlassen, sondern auf unsere eigene Kraft vertrauen.

PERSPEKTIVE» ONLINE

Unabhängiger Journalismus von unten: mehrfach täglich objektive Nachrichten und revolutionäre Kommentare.

www.perspektive-online.net

fb.com/PerspektiveOn
t.me/perspektiveon
instagr.am/perspektiveonline

V.i.S.d.P.:
Verein für politische Bildung und unabhängigen Journalismus e.V.
Frankfurter Str. 18
51065 Köln

PERSPEKTIVE» MOBIL

Für tägliche Nachrichten direkt auf das Handy:

1. Für die Nummer *0151 75803785* einen Kontakt anlegen.

2. Nachricht per Whatsapp oder Telegram mit „Start“ schicken.

3. Nach einer Bestätigungsnachricht werden alle Artikel direkt auf‘s Handy geschickt.

Zum Austragen eine Nachricht mit „Stop“ schicken.

MITMACHEN & UNTERSTÜTZEN

Um unsere Projekte umzusetzen und dauerhaft realisieren zu können, sind wir auf die Unterstützung Vieler angewiesen.:

- Verteilen Sie selbst die Printausgabe von „Perspektive“ *perspektive-online.net/abo/*
- Schicken Sie uns Ihre eigenen Nachrichten, Berichte, Artikel und Kommentare. *info@perspektive-online.net*
- Werden Sie Mitglied im „Verein für politische Bildung und unabhängigen Journalismus e.V.“ *perspektive-online.net/verein/*
- Unterstützen Sie uns mit einer Spende. *perspektive-online.net/spenden/*

Foto 1:
Foto 2: pixabay.de

PERSPEKTIVE»
Zeitung für Solidarität und Widerstand

Perspektive Nr. 31 | Oktober 2019 www.perspektive-online.net

Kapitalismus oder Erhalt unserer Lebensgrundlagen?

- von Thomas Stark -

Die wirtschaftliche Grundlage der heutigen Gesellschaft ist die Jagd nach Profiten. Diese führt zur Zerstörung unserer natürlichen Lebensgrundlagen. Wenn wir unsere Umwelt retten wollen, geht das nur im Kampf gegen den Kapitalismus.

Am 20. September fand weltweit der größte Klima-Aktionstag aller Zeiten statt. In mehr als 5.000 Orten in über 150 Ländern beteiligten sich vor allem junge Menschen an selbstorganisierten Aktionen, um gegen die Zerstörung unserer natürlichen Lebensgrundlagen zu protestieren. Allein in Deutschland nahmen über 1,4 Millionen Menschen am Klimastreik tei. Die wärmsten Jahre seit Beginn der Wetteraufzeichnungen, zunehmende Extremwetterlagen und klimabedingte Naturkatastrophen wie zuletzt der Hurrikan „Dorian“ auf den Bahamas machen immer mehr Menschen bewusst, dass dringend etwas getan werden muss, um die weitere Erwärmung der Erde zu stoppen, um unsere Umwelt zu erhalten.

Kapitalistische Unternehmen für Klimaschutz?

Zeitgleich zum weltweiten Klimastreik haben sich auch 500 Finanzkonzerne zu Wort gemeldet und „drastische Klimaschutzmaßnahmen“ gefordert. Dazu zählten große Versicherungen wie die Allianz oder die Munich Re und die Vermögensverwaltungsabteilungen wichtiger Banken wie der Deutschen Bank oder BNP Paribas: Größen der Finanzwelt also, die zusammen Vermögen

von insgesamt rund 35 Billionen US-Dollar bei sich konzentrieren. Sie forderten die nationalen Regierungen und die Vereinten Nationen unter anderem auf, Kohlekraftwerke abzuschalten, Subventionen für fossile Brennstoffe einzustellen – und den Ausstoß von CO2 mit einem „bedeutenden Preis“ zu belegen. Ihre Zielsetzung formulierten sie klar und deutlich: „Staaten und Unternehmen, die (…) eine starke Klima- und Energiepolitik mit geringem CO^2-Ausstoß beschließen, werden bedeutende wirtschaftliche Vorteile haben und Investitionen anziehen, die Arbeitsplätze in den Industrien der Zukunft schaffen werden“. (Link: https://perspektive-online.net/2019/09/ueber-500-finanzkonzerne-fordern-schaerferen-klimaschutz-zur-sicherung-ihrer-profite/).

Der Kapitalismus funktioniert nur auf Kosten der Umwelt

Während Milliarden Menschen auf der Welt existenzielle Angst um ihre Lebensräume haben müssen, und Millionen ihren Protest darüber aktiv auf die Straßen tragen, hat man in den Glaspalästen der Finanzwelt also vor allem „wirtschaftliche Vorteile“ und „Investitionen“ im Kopf, wenn es ums Klima geht. Dies ist nicht wirklich überraschend, sondern Ausdruck des Verhältnisses zwischen Wirtschaft und Umwelt in der kapitalistischen Produktionsweise. Diese zeichnet sich nämlich dadurch aus, dass alles – auch die natürlichen Lebensgrundlagen der Menschheit – dem Interesse nach möglichst hohen Profiten untergeordnet ist. Der Konkurrenzkampf zwingt die Unternehmen im Kapitalismus dazu, alles aus ihren ArbeiterInnen, aber auch aus dem Boden, aus Pflanzen und Tieren herauszuholen, um die Produktion zu steigern und möglichst viele Waren zu verkaufen. Dabei hat die kapitalistische Industrie in den letzten 150 Jahren nicht nur riesige Mengen CO2 und andere Stoffe in die Atmosphäre geblasen und die Erderwärmung damit vorangetrieben, sondern auch unzählige ganz konkrete Umweltverbrechen begangen: Chemikalien in Flüsse geleitet, giftigen Müll auf Deponien neben Arbeitervierteln gekippt, durch mangelnde Sicherheitsmaßnahmen Atomunfälle wie in Fukushima verursacht, und vieles mehr.

Die Umweltfrage ist also eine Klassenfrage, und sie sollte auch so gestellt werden!

Wer wird zur Kasse gebeten?

Schreien Finanzwelt und Industrie heute laut mit, wenn es um den Klimaschutz geht, so liegt das nicht daran, dass der Kapitalismus sich hinsichtlich seines Drangs zum Raubbau an unseren Lebensgrundlagen gewandelt hätte. Das ist aufgrund seiner inneren Gesetzmäßigkeiten nicht möglich, und das behaupten die Konzernherren in ihrem Aufruf ja auch nicht einmal! Vielmehr geht es ihnen darum, angesichts der Kämpfe um wirksamen Klima- und Umweltschutz ihre Profite zu sichern, und die Klimafrage für ihre eigene wirtschaftliche Strategie einzuspannen. Die entscheidende Frage für Banken und Industrie ist nämlich, zu welchen Bedingungen der Umstieg auf neue Technologien vollzogen werden soll, und vor allem: Wer dafür bezahlt, z.B. die Abschreibungskosten für Kapital, das bereits in Kohlekraftwerke angelegt wurde. Bezahlen sollen aus ihrer Sicht nämlich nicht sie, sondern die Gesellschaft, das heißt: die ArbeiterInnen: Die geforderte Steuer auf CO2-Emissionen etwa, wie sie die Bundesregierung jetzt auch schrittweise umsetzen will, würde unter den heutigen gesellschaftlichen Bedingungen vor allem Preiserhöhungen auf Güter des täglichen Bedarfs, wie Milch, Rindfleisch oder Diesel und Benzin bedeuten.

Klimarettung geht nur gegen das Kapital

In der Klima- und Umweltfrage dürfen wir nicht auf das Märchen reinfallen, dass „wir alle“ an der Zerstörung unserer Lebensgrundlagen schuld seien und deshalb auch „wir alle“ dafür zahlen sollen. Es sind die Kapitalisten, die in Verfolgung ihrer Profitinteressen die Umwelt zerstören und sich daran noch bereichern. Sie haben im Fall von Naturkatastrophen auch das Geld, um sich und ihren Besitz in Sicherheit zu bringen. Es sind die ArbeiterInnen, die in diesem System ausgebeutet werden – und sie sind gleichzeitig diejenigen, die die Auswirkungen der Naturzerstörung in Form von Überschwemmungen, Dürren, Chemieunfällen und vielem mehr als erste und am heftigsten zu spüren bekommen.

Die Umweltfrage ist also eine Klassenfrage, und sie sollte auch so gestellt werden! Unsere natürlichen Lebensgrundlagen erhalten können wir nur im Kampf gegen den Kapitalismus.

Wie der Staat unser Vertrauen bricht

– von Tabea Karlo –

Das Vertrauen in den deutschen Staat schwindet. Im August diesen Jahres veröffentlichte das Forsa-Institut eine Studie, in der insgesamt 2.000 Menschen befragt wurden. 61% von ihnen denken, dass der Staat mit der Erfüllung seiner Aufgaben überfordert ist. Doch wie entsteht dieser Eindruck, wie berechtigt ist er und was für Aufgaben erwachsen für uns daraus?

Es gibt eine Vielzahl an Gründen, die dazu führen, dass der deutsche Staat generell für überfordert gehalten wird. Ein Viertel aller Befragten der Forsa-Umfrage hält den Staat vor allem in der Schul- und Bildungspolitik für überfordert. Eine der Ursachen dafür dürfte das dreigliedrige Schulsystem sein. Viele Studien zeigen, dass es Kinder in diesem Schulsystem selten schaffen, einen höheren Bildungsabschluss zu erreichen als ihre Eltern. Die Berufswahl hat weniger damit zu tun wie sehr wir uns anstrengen als damit, aus welcher Klasse jemand kommt. Doch das ist nicht das einzige, was zu einem Vertrauensverlust in den Staat führt. Zusätzlich häufen sich Berichte über Übergriffe der Polizei, Reichsbürger in der Bundeswehr und organisierte rechte Strukturen, die in beiden Institutionen zu finden sind. Auch das trägt dazu bei, dass Menschen den Staat für überfordert halten. Ein dritter Punkt, der im Moment immer mehr an Bedeutung zu gewinnen scheint, ist der wachsende Lobbyismus mit dem der Staat entweder nicht umzugehen weiß oder nicht umgehen möchte.

Lobbyismus bezeichnet die Einflussnahme einer organisierten Interessengruppe auf die Politik. Je wirtschaftsstärker oder finanzkräftiger die Interessensgruppe, desto größer kann ihr Einfluss sein.Dabei kann das Interesse der Gruppe auch im direkten Gegensatz zu den Interessen der Gesellschaft stehen. Der Anreiz sich für die Interessen einer kleineren Gruppe einzusetzen liegt oft in finanziellen Gegenleistungen.

Ist Bestechung nicht illegal?

Wer genau verbirgt sich hinter der losen Bezeichnung „Interessensgruppe“ und wie genau nimmt man Einfluss auf PolitikerInnen, wenn Bestechung illegal ist und diese ihren Job kosten könnte?

Die erste Frage ist recht einfach zu beantworten, dahinter kann sich erst Mal jede/r verbergen der/die Kapital zur Verfügung hat. Die Einflussnahme eines Lobbyisten oder mehrerer Lobbyisten auf ein/e PolitikerIn funktioniert in der Regeln nicht durch ein nettes Lächeln, sondern es wird entweder ein Druckmittel eingesetzt oder es fließt Geld. Meistens sind es keine einzelnen Privatpersonen, die auf diese Weise die Politik beeinflussen. Oft sind es Vertretungen für Konzerne. Das ist für Konzerne vor allem deshalb wichtig, weil sich bestimmte Gesetze massiv auf ihre Gewinnmöglichkeiten auswirken. Wenn beispielsweise neue Gesetze über Abgaswerte verabschiedet werden, kann das bei